



Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig

. 15

Ausgegeben Danzig, den 29. Juni

1929

Inhalt. Gesetz betr. Aenderung der Verordnung über die Umstellung einiger das Postwesen betreffender Gesetze die Recheneinheit des Guldens vom 24. Oktober 1923 (Gesetzbl. S. 1110) in der Fassung der Gesetze vom 28. Januar und vom 2. Februar 1927 betr. Aenderung der genannten Verordnung (Gesetzbl. 1925 S. 14 und Gesetzbl. 1927 S. 53) 9). — Verordnung zur Aenderung der Postordnung (S. 89). — Drittes Gesetz über den Ausbau der Rentenversicherung (S. 100). — Beitritt Ungarns zum Uebereinkommen und Statut über die Internationale Rechtsung der Eisenbahnen sowie zum Abkommen und Statut über die Internationale Behandlung der Seehäfen (S. 100). — Gesetz zur Abänderung des Einkommen- und Körperschaftsteuergesetzes (S. 101). — Gesetz zur Abänderung des Gesetzes den Forstdiebstahl vom 15. April 1878 (S. 102). — Verordnung zur Durchführung des § 7 des Versorgungsgesetzes (S. 103). — Erweiterung des Handelsvertrages Polen/Vereinigte Königreiche von Großbritannien und Irland (S. 105).

Volkstag und Senat haben folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Gesetz

Aenderung der Verordnung über die Umstellung einiger das Postwesen betreffender Gesetze auf die Recheneinheit des Guldens vom 24. Oktober 1923 (G. Bl. S. 1110) in der Fassung der Gesetze vom 28. Januar 1925 und vom 2. Februar 1927 betreffend Aenderung der genannten Verordnung G. Bl. 1925 S. 14 und G. Bl. 1927, S. 53).

Vom 5. 6. 1929.

§ 1.

In der Anlage zur Verordnung über die Umstellung einiger das Postwesen betreffender Gesetze auf Recheneinheit des Guldens vom 24. Oktober 1923 (Ges. Bl. S. 1110) in der Fassung der Gesetze vom 28. Januar 1925 (Ges. Bl. S. 14) und vom 2. Februar 1927 (Ges. Bl. S. 53) betreffend Aenderung der genannten Verordnung treten folgende Aenderungen ein:

1. Die Angaben unter I. Gesetzliche Postgebühren, Ziffer 3 „Drucksachen“ sind durch folgende zu ersetzen:

3. Drucksachen		
bis 30 g		3 Pfennige
über 30 „ 50 g		5 „
„ 50 „ 100 g		10 „
„ 100 „ 250 g		15 „
„ 250 „ 500 g		30 „

2. Unter I Gesetzliche Postgebühren, Ziffer 4 „Geschäftspapiere“ sowie Ziffer 6 „Milchsendungen“ ist mal die Angabe zu streichen „über 500 g bis 1 kg 40 Pfennige.“

3. Die Angaben unter I Gesetzliche Postgebühren, Ziffer 7 sind durch folgende zu ersetzen:

7. Päckchen		
a) Briefpäckchen bis 1 kg		60 Pfennige
b) Sonstige Päckchen bis 2 kg		40 „

§ 2.

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1929 in Kraft.

Danzig, den 5. Juni 1929.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahm. Dr. Evert.

Verordnung

zur Aenderung der Postordnung.

Vom 14. 6. 1929.

Auf Grund der Artikel 39 und 116 der Verfassung der Freien Stadt Danzig und des § 50¹ Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reichs vom 28. Oktober 1871 (Reichsgesetzblatt S. 347) die Postordnung für die Freie Stadt Danzig vom 23. Dezember 1921 (Ges. Bl. S. 277) wie geändert:

(Achter Tag nach Ablauf des Ausgabetales: 7. 7. 1929.)

1. Im § 1 „Allgemeines; Meistgewicht usw.“ erhält der Abs. I folgende Fassung:

I Als Postsendungen werden zugelassen:

1. Brieffsendungen:

- a) geschlossene: Briefe bis 500 g,
- b) offene: Postkarten (§ 6),
Drucksachen bis 500 g (§ 7),
Postwurfsendungen: Drucksachen bis 50 g,
Mischsendungen — Drucksachen und Warenproben — bis 50 g (§ 7 a),
Blindenschriftsendungen bis 5 kg (§ 7),
Geschäftspapiere bis 500 g (§ 8),
Warenproben bis 500 g (§ 9),
Mischsendungen bis 500 g (§ 10),
Bahnhofszeitungen bis 20 kg (§ 23, V);
- c) geschlossene oder offene: Briefpäckchen bis 1 kg (§ 11, I),
sonstige Päckchen bis 2 kg (§ 11, II);

2. Pakete bis 20 kg (§ 12);

3. Postanweisungen (§ 20);

4. Zeitungen, die der Post zum Vertrieb übergeben werden (§ 28).

Brieffsendungen sollen eine rechteckige Form haben; auch Rollenform ist zugelassen.

2. In demselben § (1) erhält der zweite Unterabs. des Abs. III folgende Fassung:

Für nicht- oder unzureichend freigemachte Briefe und Postkarten wird das Doppelte betrags unter Aufrundung auf volle 5 P nacherhoben. Für nichtfreigemachte gebührenpflichtige Briefe- und postkarten, wenn sie als solche durch eine von der Post- und Telegraphenverwaltung stellende Bezeichnung erkennbar gemacht sind, wird nur der einfache Fehlbetrag erhoben.

Nichtfreigemachte Drucksachen, Blindenschriftsendungen, Geschäftspapiere, Warenproben sendungen werden nicht befördert. Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Arten wird pelte des Fehlbetrags unter Aufrundung auf volle 5 P nacherhoben.

Nicht- oder unzureichend freigemachte Päckchen, Pakete und Wertsendungen werden nicht. Bei Berechnung der Nachgebühr für nicht- oder unzureichend freigemachte Postsendung Beförderungsgebühren sowie die Einschreibgebühren und die Zustellgebühren als ein unteilbührensatz anzusehen.

3. In demselben § (1) erhält Abs. IV folgende Fassung:

IV Die Postgebühren sind in der Anlage enthalten.

4. Im § 2 „Außenseite“, Abs. I, ist hinter „Bahnhofsbriefen“ zu setzen: und Bahnhofs-

5. In demselben § (2), Abs. II, ist statt „(§ 7, VII)“ zu setzen: (§ 7, VI)

6. Im § 3 „Aufschrift“, Abs. I, ist zwischen dem 1. und 2. Satz einzuschalten:

Auf Sendungen an Abholer (§ 42) soll ferner der Vermerk „Postfach“ oder sach Nr.“ angegeben werden.

7. In demselben § (3), Abs. I, ist als zweiter Unterabsatz nachzutragen:

Die Aufschrift kann entweder handschriftlich oder durch Druck, mit der Schreibmaschine hergestellt werden. Wird die Aufschrift handschriftlich hergestellt, so darf bei Wertbriefen (Postanweisungen (§ 20) nur Tinte, bei Einschreibbrieffsendungen (§ 13) und versiegelten Paketen (§ 16) Tinte oder Tintenstift, bei gewöhnlichen und eingeschriebenen Paketen und versiegelten Wertpaketen (§ 16) Tinte, Tintenstift oder Farbstift verwendet werden.

8. In demselben § (3), Abs. III, erhalten der dritte und vierte Satz folgende Fassung:

Ein Doppel der Aufschrift soll in das Paket obenauf gelegt werden. Pakete, die in Schachteln, Kisten, Körben oder anderen leeren Behältnissen bestehen, sind über der Aufschrift den Vermerk „Leergut“ zu kennzeichnen.

9. Hinter § 5 „Bedingte Zulassung zur Postbeförderung“ ist folgender neuer Paragraph einzuschalten:

§ 5 a Briefe.

Briefe werden im Ortsverkehr gegen ermäßigte Gebühr befördert.

Ortsverkehr ist der Verkehr innerhalb des Orts- und Landzustellbezirks des Aufgebots. Liegen mehrere Postanstalten in derselben Gemeinde, so bilden ihre Orts- und Landzustellbezirk ein einheitlichen Ortsverkehrsbezirk.

folgende Fassung:

10. Im § 6 „Postkarten“ ist hinter Absatz V als neuer Absatz nachzutragen:
VI Postkarten werden im Ortsverkehr gegen ermäßigte Gebühr befördert. Über Ortsverkehr siehe § 5 a.

11. Im § 7 „Drucksachen“, Abs. I, ist im letzten Satz statt „IX, X und XI“ zu setzen: VIII

12. In demselben § (7), Abs. II, ist in letzter Zeile statt „VIII“ zu setzen: VII

13. In demselben § (7) fällt der Abs. IV weg; die Abs. V bis VIII erhalten die Nummern IV bis VII.

14. In demselben § (7) ist statt der Abs. IX, X und XI zu setzen:

VIII Es ist gestattet, handschriftlich, mit der Schreibmaschine, mit Stempel, im Durchdruck- oder Bausverfahren

1. eine innere mit der äußern übereinstimmende Aufschrift anzugeben sowie in gleicher Weise Ab-
andungstag, Firma, Namen, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders, seine Fernsprech-
nummer, die Telegrammanschrift und den Telegrammschlüssel sowie sein Postscheck- und Bankkonto und
andere geschäftliche Merk- und Kennworte nachzutragen oder zu ändern;

2. offensichtliche Druckfehler zu berichtigen;

3. Stellen des Druckes zu streichen, Worte oder Teile des Druckes durch Anstriche hervorzuheben
und zu unterstreichen;

4. Ziffern an offen gelassenen Stellen des gedruckten Wortlauts nachzutragen;

5. Ziffern zu ändern;

6. sonstige Änderungen im Wortlaut sowie Nachtragungen an beliebiger Stelle vorzunehmen.
Diese Änderungen und Nachtragungen dürfen jedoch zusammengezählt nicht mehr als 5 Worte usw.
umfassen und müssen in leicht erkennbarem sachlichen Zusammenhang mit der gedruckten Mitteilung stehen.
Durch die Änderungen und Zusätze dürfen keine Mitteilungen in verabredeter Sprache entstehen.

Es ist ferner zulässig:

7. Bücher, Bilder und sonstige durch Druck hergestellte literarische und künstlerische Erzeugnisse mit
einer einfachen Widmung zu versehen, die Rechnung beizulegen und diese mit Zusätzen über den Inhalt
der Sendung zu versehen; die Zusätze dürfen nicht die Eigenschaft einer besonderen selbständigen Mit-
teilung haben;

8. Bei Bücher- und Sammelbestellzetteln für buchhändlerische Werke, Bücher, Zeitungen, Zeit-
schriften, Bilder und Noten die bestellten oder angebotenen Werke zu bezeichnen;

9. im Leihverkehr der staatlichen, gemeindlichen und gemeinnützigen Büchereien untereinander und
mit den Benutzern in den dafür üblichen Formblättern die Bücher und sonstigen Werke zu bezeichnen
und kurze, den Leihverkehr betreffende Vermerke hinzuzufügen;

10. Berichtigungsbogen die Urschrift (Manuskript) beizufügen, in den Bogen Änderungen und Zu-
sätze zu machen, die die Berichtigung, die Form und den Druck betreffen, und solche Zusätze auch auf
sondereren Zetteln anzubringen;

11. Bei Quittungskarten der Invalidenversicherung die durch die Reichsversicherungsordnung
vorgeschriebenen Eintragungen vorzunehmen, die Beitragsmarken aufzukleben und die aufgeklebten Marken
entwerten;

12. Bei Drucksachen, die von Berufsgenossenschaften oder Versicherungsanstalten oder ihren
Organen auf Grund der Reichsversicherungsordnung abgesandt werden und auf der Außenseite mit dem
Namen der Berufsgenossenschaft oder der Versicherungsanstalt bezeichnet sind, Zahlen oder Namen ein-
zutragen oder zu ändern.

Bei den unter 7 bis 12 aufgeführten Drucksachen nebst Beilagen können auch die unter 1 bis 6
bezeichneten Änderungen und Zusätze angebracht werden.

15. In demselben § (7) ist statt des Abs. XII zu setzen:

IX Drucksachen in Briefform, die den Bestimmungen nicht entsprechen, unterliegen der Brief-
gebühr. Drucksachen in Kartenform (VI), die den Bestimmungen nicht genügen, unterliegen der Post-
wertkartegebühr, wenn sie den Bestimmungen für Postkarten entsprechen.

16. In demselben § (7) erhalten die Abs. XIII und XIV die Bezeichnungen: X und XI

17. In demselben § (7), Abs. XIII (künftig X), ist der zweite Unterabsatz zu streichen.

18. Hinter § 7 „Drucksachen“ ist folgender neuer Paragraph einzuschalten:

§ 7 a Postwurfsendungen.

1. Die Post übernimmt es, unverschlossene, mit Sammelaufschrift versehene Massendrucksachen und
Mischsendungen (Drucksachen und Warenproben zusammengepackt) an bestimmte Gattungen von Empfän-
gern, z. B. sämtliche Haushaltungen, sämtliche offenen Geschäfte, einzelne Berufsclassen usw. zu ver-

50 g (§ 7 a),

I),
1, II);

28).

gelassen.

folgende Fassung:

ird das Doppelte

chte gebührenpflichtig

Telegraphenverwalt

etrag erhoben.

ere, Warenproben

n dieser Arten wird

ungen werden nicht

machte Postsendun

ren als ein unteil

egen: und Bahnhö

, VI)

anzuschalten:

Postfach“ oder

gen:

it der Schreibma

bei Wertbriefen

) und versiegel

enen Paketen und

et werden.

folgende Fassung:

en. Pakete, die

nd über der Auf

nder neuer Para

irts des Auf

und Landzustell

teilen. Die Drucksachen müssen den Bestimmungen im § 7, die in den Mischsendungen Warenproben den Bestimmungen im § 9 entsprechen, die Warenproben dürfen aber die 5 mm nicht wesentlich überschreiten; sie sind mit den Druckstücken zusammen unter Umschlag und so zu verpacken, daß sie der Sendung nicht entfallen können. Das Gewicht einer Druck- oder Warenprobe, die einer Mischsendung darf 50 g nicht übersteigen.

II Die Mindestzahl einer Einlieferung beträgt im Ortsverkehr 100 Stück, im Fernverkehr 200 Stück. Für eine Postanstalt sollen mindestens 10 Stück gleichzeitig vorliegen; bei einer geringeren Anzahl ist die Gebühr für 10 Stück zu entrichten. Jeder Einlieferung ist ein Pflichtstück besonders beizufügen.

III Auf jedem Einzelstück ist die Empfängergattung anzugeben, für die es bestimmt ist. In jeder Sendung dürfen nicht mehr als 5 Empfängergattungen auf einer Postwurfsendung nicht angegeben werden.

IV An welche Empfängergattungen Postwurfsendungen zulässig sind, bestimmt die Postordnung. In der Postordnung trifft auch die näheren Anordnungen über die Verpackung und Einlieferung, über die Art der Abrechnung, über die Beförderung sowie über Art und Zeit der Verteilung der Stücke. In der Postordnung ist ferner ausgeschlossen ist die Verteilung an Sonn- und Festtagen. Die Aushändigung an die berechtigten Empfänger erfolgt nach den Grundsätzen für die Aushändigung gewöhnlicher Briefe. Die Rück- und Nachsendung findet nicht statt. Auf Rückgabe zuviel gelieferter Stücke hat der Absender Anspruch. Ergibt sich bei der Prüfung am Bestimmungsort eine größere Stückzahl als bei der Abrechnung, so ist der Absender zugrunde gelegt, so ist der Absender zur Nachzahlung des fehlenden Gebührens verpflichtet.

V Eine Gewähr für fehlerlose Verteilung und für Verteilung zu einer bestimmten Zeit innerhalb einer bestimmten Frist wird nicht übernommen. Für verlorengegangene Sendungen oder für beschädigte Stücke wird kein Ersatz geleistet.

VI Ausgeschlossen von der Verteilung sind Sendungen politischer oder religiöser Art; im Fernverkehr § 4, I.

19. Im § 8 „Geschäftspapiere“ erhält der Abs. IV folgende Fassung:

IV Geschäftspapiere, die den Bestimmungen nicht entsprechen, unterliegen der Briefgebühr.

20. Im § 10 „Mischsendungen“, Abs. I, ist unter Ziffer 2 zu setzen statt „1 kg“: 500 g.

21. In demselben § (10) erhält der Abs. III folgende Fassung:

III Mischsendungen, die den Bestimmungen nicht entsprechen, unterliegen der Briefgebühr.

22. Der § 11 „Päckchen“ erhält folgende Fassung:

§ 11 Päckchen.

I Als Briepäckchen sind offene und geschlossene Sendungen im Gewicht bis zu 1 kg zugelassen, die sich nach Form und sonstiger Beschaffenheit zur Beförderung mit der Post eignen. Die Sendungen dürfen 25 cm lang, 15 cm breit und 10 cm hoch oder 15 cm im Durchmesser nicht überschreiten; in Rollenform dürfen sie 30 cm in der Länge nicht überschreiten. Die Aufschrift muß den augenfällig hervortretenden Vermerk „Briepäckchen“ tragen.

II Als sonstige Päckchen werden offene und geschlossene Sendungen im Gewicht bis zu 1 kg zugelassen, die sich nach Form und sonstiger Beschaffenheit zur Beförderung mit der Post eignen. Die Sendungen dürfen 40 cm lang, 25 cm breit und 10 cm hoch oder 50 cm im Durchmesser nicht überschreiten; in Rollenform dürfen sie 75 cm in der Länge nicht überschreiten. Die Aufschrift muß den augenfällig hervortretenden Vermerk „Päckchen“ tragen.

III Bei Päckchen (I und II) sind Überschreitungen der Höchstmaße bis zu 1 cm in jeder Richtung auf Kosten der andern zugelassen. Die Sendungen dürfen briefliche Mitteilungen enthalten. Die Aufschrift kann auf der Umhüllung selbst stehen oder auf einem Zettel geklebt oder sonst haltbar befestigt sein. Die Benutzung von Fahnen für die Aufschrift ist nicht gestattet. Über die Zustellung durch besondere Boten (Eilzustellung) s. § 23.

IV Einschreiben (§ 13), Nachnahme (§ 19) und das Verlangen eines Rückscheins (§ 20) sind bei Briepäckchen (I), Wertangabe (§ 14) ist bei allen Päckchen (I und II) unzulässig.

V Päckchen (I und II), die den Bestimmungen nicht entsprechen, werden nicht befördert. Der Vermerk „Briepäckchen“ bleibt unbeachtet, wenn die Sendung den besonderen Bestimmungen für diese Päckchen (I) nicht entspricht.

Mischsendungen bei
ürfen aber die
unter Umschlag ein
wicht einer Druck

VI Die Einlieferung gewöhnlicher Päckchen (I und II) wird auf Antrag gegen Entrichtung einer Gebühr bescheinigt.

VII Für den Verlust oder die Beschädigung gewöhnlicher Päckchen (I und II) wird kein Ersatz geleistet. Für eingeschriebene oder mit Nachnahme belastete Päckchen (II und IV) regelt sich die Ersatzleistung nach den Vorschriften für gleichartige andere Brieffsendungen.

Stück, im Fernver
bei einer geringen
stück besonders
es bestimmt ist,
werden.

23. Im § 12 „Pakete“ erhält der Abs. V folgende Fassung:

V Die Einlieferung gewöhnlicher Pakete wird auf Antrag gegen Entrichtung einer Gebühr bescheinigt. Diese Gebühr wird jedoch nur dann erhoben, wenn die ganze Einlieferungsbescheinigung vollständig von der Post ausgefertigt wird; hat der Einlieferer die Einlieferungsbescheinigung in einem Postanlieferungsbuch oder in einem Posteinlieferungsverzeichnis oder auf einem Formblatt zum Posteinlieferungsschein vorbereitet, so wird für die Bescheinigung eine Gebühr nicht erhoben.

bestimmt die Post
g, über die Art
ilung der Stücke
shändigung an
öhnlicher Brieffen
üde hat der Absen
Stückzahl als bei
s fehlenden Gebüh

24. In demselben § (12) ist hinter Abs. VI als neuer Abs. nachzutragen:

VII Für sperrige Pakete wird ein Zuschlag von 100 v H der Paketgebühr erhoben. Welche Sendungen als Sperrgut anzusehen sind, bestimmt die Post.

25. Im § 13 „Einschreibsendungen“ erhält der Abs. I folgende Fassung:

I Brieffsendungen und Pakete können eingeschrieben werden; ausgenommen sind Zeitungspakete (§ 12, VI), Bahnhofsbriefe und Bahnhofszeitungen (§ 23) und Briefe mit Zustellungsurkunde (§ 25). Über Einschreiben bei Päckchen s. § 11, IV.

er bestimmten
ngene Sendungen

26. Im § 14 „Wertsendungen“, Abs. I, erhält der 1. Satz folgende Fassung:

Briefe und Pakete können unter Wertangabe befördert werden; ausgenommen sind Päckchen (§ 11), Zeitungspakete (§ 12, VI), Bahnhofsbriefe und Bahnhofszeitungen (§ 23) und Briefe mit Zustellungsurkunde (§ 25).

religiöser Art; im

27. Im § 18 „Postaufträge“, Abs. XI, erhält der erste Satz des dritten Unterabs. unter Nr. 1 folgende Fassung:

Die Einlösungsfrist wird nicht gewährt, wenn auf der Postauftragskarte „Sofort zurück“ oder „Sofort an N. in N.“ oder „Sofort zum Protest“ vermerkt ist.

egen der Briefgeb
att „1 kg“: 500 g

28. Im § 19 „Nachnahmesendungen“ erhält der Abs. I folgende Fassung:

I Postnachnahme ist bis 1250 Gulden einschließlich bei Brieffsendungen und Paketen zulässig. Ausgenommen sind Zeitungspakete (§ 12, VI), Bahnhofsbriefe und Bahnhofszeitungen (§ 23) und Briefe mit Zustellungsurkunde (§ 25). Über Nachnahme bei Päckchen s. § 11, IV.

en der Briefgebüh

29. Im § 19 „Nachnahmesendungen“ ist in Abs. V als 2. Satz einzufügen: Bei Karten mit Nachnahme ist dem Empfänger auf Verlangen die Einsichtnahme zu gestatten.

Gewicht bis zu 1
örderung mit der

30. In demselben § (19), Abs. VII, erhält der zweite Unterabs. folgende Fassung:

Die Einlösungsfrist wird nicht gewährt, wenn die Aufschrift (bei Paketen auch die Nachnahmeauftragskarte) den Vermerk „Sofort zurück“ oder eine ähnliche Angabe enthält.

30 cm in der Län
den augenfällig

31. Im § 20 „Postanweisungen“, Abs. III, erhält der erste Satz folgende Fassung:

Die Postanweisung ist vom Absender auszufüllen.

im Gewicht bis
Beförderung in

32. Im § 23 „Bahnhofsbriefe“ ist in der Überschrift nachzutragen:
und Bahnhofszeitungen

30 cm hoch oder 50
in der Länge und

33. In demselben § (23), Abs. III, ist zu streichen: auf der Rückseite den Namen des Absenders.

genfällig hervort
bis zu 1 cm in

34. In demselben § (23), Abs. III, ist der letzte Satz zu streichen.

dürfen brieflich
t stehen oder gar

35. In demselben § (23), Abs. V, ist an drei Stellen, Abs. VI, zweiter Unterabsatz, an einer Stelle, dritter Unterabsatz, vorletzte Zeile, an einer Stelle, ferner Abs. VII, an drei Stellen statt „Zeitungs-Bahnhofsbriefe“ zu setzen: Bahnhofszeitungen

hnen für die
zustellung) s. § 20

36. In demselben § (23), Abs. VI, erster Unterabsatz, sowie dritter Unterabsatz, erste Zeile, ist „in Zeitungs-Bahnhofsbriefen“ zu setzen: als Bahnhofszeitungen.

Rückscheins (§ 20
und II) unzulässig

37. In demselben § (23) ist hinter Abs. VII als neuer Abs. nachzutragen:

VIII Über die Unzulässigkeit des Einschreibens, der Wertangabe und Nachnahme bei Bahnhofsbriefen und Bahnhofszeitungen s. § 13, 14 und 19.

en nicht befördert
besonderen Beding

38. Im § 24 „Dringende Pakete“ ist am Schluß des Abs. II hinzuzufügen:

Über die Zustellung durch besondere Boten (Eilzustellung) s. § 22.

Abs. III ist zu streichen.

39. In demselben § (24) ist als neuer Abs. hinzuzufügen:
III Für dringende Pakete wird die dreifache Paketgebühr erhoben.

40. Im § 26 „Rückschein“ erhält der Abs. I folgende Fassung:

I Der Absender eines Pakets oder einer Wert- oder Einschreibsendung kann verlangen oder einer anderen Person die Bescheinigung des Empfängers (Rückschein) übersandt wird. Bei Paketen (§ 12, VI) ist das Verlangen eines Rückscheins nicht zulässig. Über seine Zulässigkeit s. § 11, IV.

41. Im § 29 „Ort der Einlieferung“ erhält Abs. VII folgende Fassung:

VII Für Einschreibbriefsendungen, Pakete, Postanweisungen, Zahlkarten und Wertbriefe Landzusteller auf seinem Zustellgang annimmt (V), ist außer der Beförderungsgebühr und den Gebühren für jede Sendung eine besondere Einsammlungsgebühr vom Absender voranzuentrichten.

42. Im § 38 „An wen die Sendungen auszuhändiger sind“ ist am Schluß des Abs. I einzuschalten:

Kann die Ersatzzustellung an eine dieser Personen ebenfalls nicht erfolgen, so können gewöhnliche Briefsendungen, gewöhnliche Pakete und unversiegelte Wertpakete auch an sonstige als zuerkannte Hausbewohner oder Hausnachbarn ausgehändigt werden. Über die Zustellung wird in diesen Fällen, soweit möglich, eine Benachrichtigung in der Wohnung des Empfängers hinterlassen.

43. In demselben § (38), Abs. XI, ist vor „gewöhnliche Pakete“ einzuschalten: Päckchen

44. In demselben § (38) erhält Abs. XII folgende Fassung:

XII Sendungen an Militärpersonen und Schutzpolizeibeamte in Gemeinschaftswohnstätten, Angestellte und Arbeiter größerer Geschäftsbetriebe oder Behörden, an Kranke in Krankenanstalten wie an Zöglinge in Erziehungs- und Unterrichtsanstalten usw. werden nach besonderem Auftrage der zuständigen Behörde oder Leitung an Beauftragte ausgehändigt.

45. In demselben § (38) sind die Abs. XIII und XV zu streichen; die folgenden Abs. XIV erhalten die Nummern XIII und XIV.

46. Im § 40 „Postlagernde Sendungen“, Abs. I, erhält der erste Satz folgende Fassung:

I Postsendungen mit dem Vermerk „Postlagernd“, mit Ausnahme der Briefe mit Postkarte (§ 25) werden bei der Bestimmungspostanstalt aufbewahrt; jedoch ist die Postlagernde Pakete mit dem Vermerk „Postlagernd“ unter Erhebung von Paketzustellgeld (§ 36, IV) zum Empfänger ins Haus senden (zustellen) zu lassen, wenn er im Orts- oder Landzustellbezirk der Bestimmungspostanstalt ansässig ist.

47. Im § 42 „Abholen der Sendungen“, Abs. I, ist hinter „Posthilfsstellen“ nachzutragen: Postagenturen mit einfacherem Betrieb

48. Im § 45 „Behandlung unbestellbarer Postsendungen am Bestimmungsort“, Abs. I, ist „(§ 38, X)“ zu setzen: (§ 38, XI)

49. In demselben § (45) ist am Schluß des Abs. II als neuer Unterabsatz nachzutragen: Bei Nachnahmekarten ist dem Empfänger auf Verlangen vor seiner Erklärung die Einsichtnahme oder Annahmeverweigerung die Einsichtnahme zu gestatten.

50. In demselben § (45), Abs. V, ist als neuer, letzter Unterabsatz nachzutragen: Solange keine abweichende Verfügung des Absenders vorliegt, ist die Bestimmungsort zur nachträglichen Aushändigung oder Nachsendung eines unzustellbar gemeldeten Pakets dem Empfänger berechtigt.

51. In demselben § (45), Abs. VI, ist hinter dem Wort „Sendung“ einzufügen: sofern sie nicht dem Empfänger nachträglich ausgehändigt worden ist,

52. Im § 47 „Laufschreiben über Postsendungen, usw.“, Abs. III, ist am Schluß nachzutragen:

Die Gebühr für die Ausfertigung von Doppeln zu Posteinlieferungsscheinen ist fällig, wenn das ganze Doppel vollständig von der Post ausgefertigt wird. Hat der Einlieferer in einem Posteinlieferungsbuch oder einem Posteinlieferungsverzeichnis oder auf einem Formulare Posteinlieferungsschein vorbereitet, so wird die Gebühr nicht erhoben.

53. Im § 50 „Zahlung der Gebühren“ ist im Absatz V am Schluß des ersten Unterabsatzes nachzutragen:

Nachforderungen an zuwenig bezahlten Gebühren verfahren innerhalb eines Jahres nach Einlieferung der Sendung.

54. Die

Briefe a)

b)

Postkarte a) b)

Drucksa

Blinder

Postwa a)

b)

6 Geschäft

7 Waren

8 Mischje pap

9 Briefsp

10 Sonstige

11 Einliefer a) b)

54. Die zu § 1, IV gehörende Anlage der Postordnung erhält nachstehende Fassung:

„Übersicht der Postgebühren.“

2	3	4		5
		G	P	
Gegenstand	Postordnung §	Gebühr		Anmerkungen
1 Briefe	5 a			
a) im Ortsverkehr				
bis 20 g		—	10	
über 20 „ 250 g		—	15	
„ 250 „ 500 g		—	30	
b) im Fernverkehr				
bis 20 g		—	15	
über 20 „ 250 g		—	30	
„ 250 „ 500 g		—	40	
2 Postkarten	6			
a) im Ortsverkehr		—	5	
b) im Fernverkehr		—	10	
3 Drucksachen	7			
bis 30 g		—	3	
über 30 „ 50 g		—	5	
„ 50 „ 100 g		—	10	
„ 100 „ 250 g		—	15	
„ 250 „ 500 g		—	30	
4 Blindenschriftsendungen bis zum Höchstgewicht von 5 kg	7, X	—	5	
5 Postwurfsendungen	7 a			
a) Drucksachen				
bis 30 g		—	2	
über 30 „ 50 g		—	3	
b) Mischsendungen — Drucksachen und Warenproben — bis 50 g		—	5	
6 Geschäftspapiere	8			
bis 250 g		—	15	
über 250 „ 500 g		—	30	
7 Warenproben	9			
bis 250 g		—	15	
über 250 „ 500 g		—	30	
8 Mischsendungen (zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben)	10			
bis 250 g		—	15	
über 250 „ 500 g		—	30	
9 Briefpäckchen bis 1 kg	11, I	—	60	
10 Sonstige Päckchen bis 2 kg	11, II	—	40	
11 Einlieferungsbescheinigung	11, VI u. 12, V			
a) über ein gewöhnliches Päckchen oder ein gewöhnliches Paket		—	10	
b) über mehrere gewöhnliche Päckchen oder gewöhnliche Pakete (Sammleinlieferungsbescheinigung)				
an einen Empfänger		—	10	
an mehrere Empfänger je		—	10	
Höchstgebühr		—	50	

1 Nr.	2 Gegenstand	3 Post- ordnung §	4 Gebühr	
			G	P
11	Pakete	12		
	bis 3 kg		—	60
	über 3 " 5 "		—	75
	" 5 " 6 "		—	85
	" 6 " 7 "		—	95
	" 7 " 8 "		1	5
	" 8 " 9 "		1	15
	" 9 " 10 "		1	25
	" 10 " 11 "		1	45
	" 11 " 12 "		1	65
	" 12 " 13 "		1	85
	" 13 " 14 "		2	5
	" 14 " 15 "		2	25
	" 15 " 16 "		2	45
	" 16 " 17 "		2	65
	" 17 " 18 "		2	85
	" 18 " 19 "		3	5
	" 19 " 20 "		3	25
12	Zeitungs-pakete bis 5 kg	12, VI	—	30
13	Einschreiben	13, IV	—	20
14	Wertsendungen	14 u. 16		
	1. Die Briefgebühr (Nr. 1) oder die Paketgebühr (Nr. 11)			
	2. Die Einschreibgebühr (Nr. 13) — nur für Wertbriefe und versiegelte Wertpakete —			
	3. Die Versicherungsgebühr			
	a) für Wertbriefe und versiegelte Wertpakete für je 300 G der Wertangabe mindestens		—	5
	b) für unversiegelte Wertpakete		—	10
			—	10
15	Postaufträge			
	Vorzeigegebühr	18, XVI, Ziffer 2	—	20
	Protestgebühr bei Postprotestaufträgen	18, XVI, Ziffer 4 a	2	—
16	Nachnahmen	19, XI Ziffer 2		
	Vorzeigegebühr		—	15
17	Postanweisungen	20		
	bis 25 G		—	20
	über 25 " 100 "		—	40
	" 100 " 200 "		—	60
	" 200 " 400 "		—	80
	" 400 " 600 "		1	—
	" 600 " 800 "		1	20
	" 800 " 1000 "		1	50
	" 1000 " 1250 "		1	90

3 Post- ordnung §	4 Gebühr		1 Nr.	2 Gegenstand	3 Post- ordnung §	4 Gebühr		5 Anmerkungen
	G	P				G	P	
12	—	60	18	Telegraphische Postanweisungen	20, XV, Ziffer 1			
	—	75		bis 25 G		2	50	
	—	85		über 25 " 100 "		2	75	
	—	95		" 100 " 200 "		3	—	
	1	5		" 200 " 400 "		3	25	
	1	15		" 400 " 600 "		3	50	
	1	25		" 600 " 800 "		4	—	
	1	45		" 800 " 1000 "		5	—	
	1	65		" 1000 G für je 200 G oder einen Teil davon				
	1	85		mehr		1	—	
	2	5	19	Postkreditbriefe	21, VI, Ziffer 2			
	2	25		für je 100 G des Kreditbriefbetrags		—	10	
	2	45		Mindestsatz		1	—	
	2	65	20	Gilzustellung bei Vorauszahlung der Gebühr durch den	22, V A			
	2	85		Abfender				
	3	5		1. für jede Brieffendung usw. im Ortszustellbezirk .		—	40	
	3	25		im Landzustellbezirk		1	—	
12, VI	—	30		2. für Pakete (einschl. der Paketkarten) im Orts-		—	70	
13, IV	—	20		zustellbezirk		1	50	
				im Landzustellbezirk				
				Brieffendungen, die mit andern Eilsendungen an				
				denselben Empfänger abgetragen werden, für				
				jede Sendung	22, V B	—	20	
4 u. 16			21	Bahnhofsbriefe	23, IV			
				für den Kalendermonat		15	—	
				für die Kalenderwoche		5	—	
			22	Bahnhofszeitungen	23, VI			
				(außer der Zeitungsgebühr)				
	—	5		1. Grundgebühr für jede aufgegebenene Bestellung				
	—	10		oder für jede Anmeldung der für einen Empfänger				
	—	10		bestimmten Stücke derselben Zeitung monatlich		—	70	
				2. Einzelgebühr				
				a) bei täglich einmaligem oder seltenerem				
				Erscheinen einer Zeitung		—	14	
				b) für jede weitere Ausgabe am Tage		—	14	
				c) für jede tägliche oder seltener Ausgabe der				
				nur für die zweite Hälfte eines Monats				
				angemeldeten Stücke		—	7	
				(Für jedes Stück der monatlich einmal				für jedes Stück monatlich
				oder seltener erscheinenden Zeitungen ist				
				jedoch die volle Gebühr unter a zu erheben.)				
				d) für jede tägliche oder seltener Ausgabe				
				unangemeldet versandter Stücke, gleichviel				
				an welchem Tage mit der Versendung be-				
				gonnen worden ist		—	70	
	—	20	23	Formliche Zustellung	25, VII, Ziffer 2			
	—	40				—	40	
	—	60	24	Rückscheine				
	—	80		falls bei der Einlieferung verlangt	26, II	—	20	
	1	—		falls nachträglich verlangt	26, IV	—	40	
	1	20						
	1	50						
	1	90						

1 Nr.	2 Gegenstand	3 Post- ordnung §	4 Gebühr		Anmerkung
			G	P	
25	Zeitungen a) Zeitungsgebühr für wöchentlich einmaliges oder selteneres Erscheinen sowie für jede weitere Ausgabe in der Woche von Zeitungen im durchschnittlichen Nummergewicht bis 30 g monatlich über 30 " 50 " " " 50 " 100 " " " 100 " 250 " " " 250 " 500 " " " 500 " 1000 " " für das monatlich einmalige oder seltenere Erscheinen die Hälfte davon, mit der Maßgabe, daß für Zeitungen, die seltener als monatlich erscheinen, die Zeitungsgebühr nur für die Monate zu erheben ist, in denen eine Zeitungsnummer herausgegeben worden ist. b) Gebühr für Sammelüberweisungen von Zeitschriften (Höchstgewicht einer Nummer 30 g im Durchschnitt) vierteljährlich	28, I	—	2 4 6 10 14 18	
26	Ver spätet auf gegebene Zeitungsbestellungen	28, III	—	25	
27	Nachlieferung von Zeitungen	28, III	—	20	
28	Außergewöhnliche Zeitungsbeilagen für je 25 g eines Beilagestücks, das die Eigenschaft einer Drucksache hat für je 25 g eines Beilagestücks, das die Eigenschaft einer Warenprobe hat für je 25 g des Gesamtgewichts von zusammen- gehörigen Drucksachen und Warenproben	28, XIV	—	1 3 3	
29	Annahme von Postsendungen durch die Zusteller 1. für die von Ortspaketzustellern angenommenen Pakete 2. für die von Landzustellern angenommenen Sen- dungen und zwar a) für Einschreibbrieffsendungen, Postanweisungen und Wertbriefe b) für Pakete bis 2½ kg einschl. c) für schwerere Pakete	29, IV 29, VII	—	20 10 20 50	
30	Einslieferung von Einschreibsendungen usw. außerhalb der Posthalterstunden	30, VIII	—	20	
31	Nachträgliche Belastung einer Sendung mit Nach- nahme	33, VI	—	50	
32	Paketzustellung für jedes Paket bis 2½ kg für jedes Paket über 2½ kg für jedes Zeitungspaket bis 2½ kg über 2½ kg	36, IV	—	20 50 10	
33	Beförderung verschlossener Taschen, monatlich	36, VI	1	—	

Post- ung §	4		Anmer- Nr.	1	2	3	4		5
	G	P					Post- ordnung §	G	
I			34	Zeitungszustellung		36, VII			
	—	2		a) bei monatlich einmaligem Erscheinen			—	3	für jedes Stück einer Zeitung monatlich
	—	4		b) bei monatlich zweimaligem Erscheinen			—	5	
	—	6		c) bei häufigerem als monatlich zweimaligem, höchstens aber wöchentlich einmaligem Erscheinen			—	8	
	—	10		d) für jede weitere Ausgabe in der Woche			—	8	
	—	14		Höchstsaß			—	96	
	—	18		e) für Sammelüberweisungen von Zeitschriften			—	0,8	
			35	Postvollmachten		38, III	—	50	
			36	Postausweisarten		40, V	—	70	
			37	Postlagerarten, monatlich		40, VI	—	40	
			38	Nachfrage nach postlagernden Sendungen außerhalb der Posthalterstunden		40, VII	—	20	
			39	Lagern von Paketen		41, I			
				täglich			—	10	
				Höchstsaß			5	—	
			40	Abholungserklärungen		42, I	—	20	
	—	4	41	Besondere Abkommen wegen Prüfung der Empfangs- berechtigung des Abholers					
III	—	25		a) für Ausfertigung des Abkommens		42, II	—	20	
III	—	20		b) Postausgabegebühr bei Prüfung der Empfangs- berechtigung des Abholenden auf Grund des besonderen Abkommens monatlich		42, V	2	—	
XIV			42	Schließfächer		42, VI			
	—	1		a) für ein gewöhnliches Schließfach, monatlich			1	—	
	—	3		b) für ein größeres Schließfach, monatlich			1	25	
	—	3	43	Zeitungsumschreibungen im Orts- und Fernverkehr und Zeitungsumschreibungen		44, VI und 33, X	—	50	
			44	Unzustellbarkeitsmeldung		45, IV	—	40	
			45	Pauschreiben		47, I	—	40	
IV	—	20	46	Ausfertigung von Doppeln zu Posteinlieferungsscheinen, zu Bescheinigungen über Zeitungsgeld und zu vom Empfänger verlorenen Post- und Zahlungsanweisungen		47, III	—	10	
VII	—	10	47	Bescheinigungen über gezahlte Ersatzbeträge		47, III	—	10	
	—	20	48	Stundung, monatlich für jeden vollen oder angebrochenen Gulden		50, VI	—	2	
	—	50		Mindestens monatlich			—	50	
VIII	—	20	Vorstehende Änderungen treten am 1. Juli 1929 in Kraft.						
VI	—	50	Danzig, den 14. Juni 1929.						
IV	—	20	Der Senat der Freien Stadt Danzig.						
	—	50	Dr. Sahm. Dr. Evert.						
	—	10							
	—	25							
VI	1	—							

32 Volkstag und Senat haben folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

Drittes Gesetz

über den Ausbau der Angestelltenversicherung.

Vom 13. 6. 1929.

Artikel I.

Das Angestelltenversicherungsgesetz wird wie folgt geändert:

1. § 49 erhält folgende Fassung:

§ 49.

Die Wartezeit dauert 60 Beitragsmonate. Sind weniger als 30 Beitragsmonate der Versicherungspflicht nachgewiesen, so beträgt die Wartezeit 90 Beitragsmonate.

2. § 328 in der Fassung des ersten Gesetzes über den Ausbau der Angestelltenversicherung vom 1926, Ges. Bl. S. 73, erhält folgende Fassung:

§ 328.

Als berufsunfähig im Sinne des § 25 gilt auch, wer das sechzigste Lebensjahr voll und seit mindestens einem Jahre ununterbrochen arbeitslos ist.

Das Ruhegeld wird für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit gewährt. Es wird zahlt, solange der Versicherte die volle Erwerbslosenunterstützung auf Grund der Gesetze und Verordnungen bezieht.

Das Ruhegeld fällt mit Ablauf des Monats weg, in dem der Empfänger in einer oder angestelltenversicherungspflichtige Beschäftigung eintritt.

Für die Anwendung der Absätze 1 und 3 bleibt eine Beschäftigung, die über eine Aushilfe nicht hinausgeht, außer Betracht.

Die Vorschrift des Abs. 1 trifft mit dem Schlusse des Jahres 1933 außer Kraft. dahin festgestelltes Ruhegeld wird von dieser Terminbestimmung nicht betroffen.

Artikel II.

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1929 in Kraft.

Ist ein Antrag auf Leistungen vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes rechtskräftig worden, so ist auf Antrag zu prüfen, ob die Vorschriften dieses Gesetzes für den Berechtigten sind. Wird diese Frage bejaht oder wird es von dem Berechtigten beantragt, so ist ihm Bescheid zu erteilen. Der Antrag auf Nachprüfung kann nur bis zum Schlusse des Jahres stellt werden.

Ansprüche auf Leistungen, für die das Feststellungsverfahren am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes schwebt, unterliegen von diesem Tage an den Vorschriften dieses Gesetzes.

Nachzahlungen für die Zeit vor dem 1. Mai 1929 finden nicht statt.

Danzig, den 13. Juni 1929.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahm. Dr. Wiercinski.

33

Beitritt

Ungarns zum Übereinkommen und Statut über die Internationale Rechtsordnung der Eisenbahnen wie zum Abkommen und Statut über die Internationale Behandlung der Seehäfen

Ungarn ist dem Übereinkommen und Statut über die Internationale Rechtsordnung der Eisenbahnen nebst Unterzeichnungsprotokoll sowie dem Abkommen und Statut über die Internationale Behandlung der Seehäfen nebst Unterzeichnungsprotokoll beigetreten.

Der Beitritt zu dem Abkommen über die Internationale Behandlung der Seehäfen wegen der Auswanderung in Artikel 12 des Statuts vorgesehenen Rechtsvorbehalt erfolgt. Die Beitrittserklärungen sind am 21. März 1929 im Sekretariat des Völkerbundes worden.

Danzig, den 21. Juni 1929.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahm. Dr. Evert.

Volkstag und Senat haben folgendes Gesetz beschlossen, das nach Zustimmung des Finanzrats ermit verkündet wird:

Gesetz

zur Abänderung des Einkommen- und Körperschaftsteuergesetzes.

Vom 18. 6. 1929.

Artikel I.

Das Einkommensteuergesetz vom 27. 3. 1926 — Ges. Bl. S. 83 — in der 3. Zt. geltenden Fassung wird wie folgt geändert:

§ 49 erhält folgenden Wortlaut:

§ 49.

(1) Die Einkommensteuer beträgt jährlich:			
für die ersten angefangenen oder vollendeten 10 000 G des Einkommens	10 v. H.		
" " weiteren " " " 5 000 G	12,5 " "		
" " " " " " 5 000 G	15 " "		
" " " " " " 10 000 G	20 " "		
" " " " " " 10 000 G	25 " "		
" " " " " " 40 000 G	30 " "		
" " weiteren Beträge	35 " "		

Hinter § 49 wird folgende Vorschrift als § 49 a eingeschaltet:

§ 49 a.

(1) Zu den nach den Vorschriften des § 49 errechneten Steuerbeträgen tritt vom 1. Juli 1929 ein Zuschlag von 3 v. H., der gleichzeitig mit den Steuerbeträgen, von denen er berechnet wird, entrichtet ist und Bestandteil des „Gemeinsamen Solls“ im Sinne des Gesetzes über die gemeinsame Erhebung der veranlagten Einkommen-, Körperschafts-, Vermögens-, Gewerbe- und Umsatzsteuer vom 27. 9. 1928 (Ges. Bl. S. 207) wird.

(2) Der Zuschlag ist erstmalig von den am 15. 8. 1929 fälligen Vorauszahlungen zu entrichten. Der endgültigen Veranlagung für 1929 wird von den für das ganze Kalenderjahr 1929 festgesetzten Steuerbeträgen der halbe Zuschlag erhoben.

(3) Die nach Hinzurechnung des Zuschlags sich ergebende Einkommensteuer ist auf volle durch Pfennige teilbare Beträge nach unten abzurunden.

§ 58 wird mit Wirkung vom 1. Juli 1929 gestrichen.

Hinter § 58 wird folgende Vorschrift als § 58 a eingefügt:

§ 58 a.

(1) Zu den nach § 58 errechneten Steuerbeträgen tritt vom 1. Juli 1929 ab ein Zuschlag von 1 v. H., der gleichfalls vom Arbeitslohn einzubehalten und gleichzeitig mit den Steuerbeträgen, von denen er berechnet wird, zu entrichten ist.

(2) Die nach Hinzurechnung des Zuschlages einzubehaltenden Steuerbeträge sind in der Weise abzurunden, daß Beträge bis zu 2 1/2 Pfennige fortfallen, über 2 1/2 Pfennige auf volle 5 Pfennige nach oben abgerundet werden.

§ 83 a erhält folgenden Zusatz als Absatz 2:

(2) Von dem tatsächlichen Aufkommen der Einkommensteuer für die Zeit nach dem 1. Juli 1929 zahlt der Staat vorweg die aus dem Zuschlag zur Einkommensteuer (§ 49 a und § 58 a) fließenden Ertragsbeiträge.

Artikel II.

Das Körperschaftsteuergesetz vom 27. 3. 1926 (Ges. Bl. S. 102) wird wie folgt geändert:

§ 11 Abs. 1 erhält folgenden neuen Wortlaut:

§ 11.

(1) Die Steuer beträgt	
für die Steuerpflichtigen nach § 2 Abs. 1 Ziff. I	15 v. H.
" " " " " " § 2 Abs. 1 Ziff. II	10 " "
Einkommens.	

Hinter § 11 wird folgende Vorschrift als § 11 a eingefügt:

(1) Zu den nach den Vorschriften des § 11 errechneten Steuerbeträgen tritt vom 1. ab ein Zuschlag von 3 v. H., der gleichzeitig mit den Beträgen, von denen er berechnet wird, erhoben ist und Bestandteil des „Gemeinsamen Solls“ im Sinne des Gesetzes über die gemeinliche Erhebung der veranlagten Einkommen-, Körperschafts-, Vermögens-, Gewerbe- und Umlagesteuer vom 27. 9. 1928 (Ges. Bl. S. 207) wird.

(2) Der Zuschlag ist erstmalig von den am 15. August 1929 fälligen Vorauszahlungen der Körperschaftsteuer für das Kalenderjahr 1929 erhoben. Bei der endgültigen Veranlagung für 1929 wird von den für das ganze Kalenderjahr festgesetzten Steuerbeträgen der halbe Zuschlag erhoben.

(3) Die nach Hinzurechnung des Zuschlags nach Abs. 1 sich ergebende Körperschaftsteuer wird durch 20 Pfennige teilbare Beträge nach unten abzurunden.

Artikel III.

Das Gesetz tritt, soweit nichts Besonderes vorgeschrieben ist, mit seiner Verkündung und Maßgabe in Kraft:

Die Vorschriften des Artikels I Ziff. 1 und Artikels II Ziff. 1 finden erstmalig Anwendung bei der endgültigen Veranlagung zur Einkommen- und Körperschaftsteuer für das Kalenderjahr 1929. Die Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlungen für 1929 sind nach der endgültigen Einkommen- und Körperschaftsteuer-Veranlagung für 1928 entsprechend den Vorschriften gemäß § 82 a des Einkommensteuergesetzes zu berichtigen.

Artikel IV.

Die Bestimmungen zur Durchführung dieses Gesetzes erläßt der Senat.

Danzig, den 18. Juni 1929.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahm. Dr. Kamnitzer.

35 Volkstag und Senat haben folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Gesetz

zur Abänderung des Gesetzes betr. den Forstdiebstahl vom 15. April 1878 (G. S. S. 222) vom 14. 6. 1929.

Artikel I.

Das Gesetz betreffend den Forstdiebstahl vom 15. April 1878 (G. S. S. 222) in der Fassung des Gesetzes vom 30. September 1921 (Ges. Bl. S. 166), des Gesetzes vom 9. Mai 1923 (G. S. 561), des Gesetzes vom 28. September 1923 (Ges. Bl. S. 999), der Verordnung vom 23. 1. 1923 (Ges. Bl. S. 1101) und der Verordnung vom 25. Januar 1927 (Ges. Bl. S. 49) folgt geändert:

1. § 10 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

Soweit dieses Gesetz nicht abweichende Bestimmungen enthält, unterliegen mit Strafe bedrohten Handlungen den Bestimmungen des Strafgesetzbuches und des Abschnitts des Jugendgerichtsgesetzes.

2. In § 12 Abs. 2 werden die Worte „und wegen Mangels der zur Erkenntnis der Tat erforderlichen Einsicht freizusprechen ist“ ersetzt durch die Worte „deshalb nicht strafbar ist, weil er zur Zeit der Tat nach seiner geistigen oder körperlichen Entwicklung unfähig war, das Angelegliche der Tat einzusehen oder seinen Einsicht gemäß zu bestimmen.“

3. § 20 erhält am Schluß folgenden Zusatz:
„und diejenigen des zweiten Abschnitts des Jugendgerichtsgesetzes.“

4. In § 30 Satz 1 treten an die Stelle des Wortes „nicht“ die Worte „nur nach dem Antrag auf Erlass des Erlaßes“.
Der Satz 2 erhält folgende Fassung: „Dem Antrag auf Erlass des Erlaßes oder der Anklageschrift ist ein Auszug aus dem Verzeichnisse (§ 26) beizufügen.“

Artikel II.

Der Senat wird ermächtigt, das Gesetz betr. den Forstdiebstahl im Gesetzblatt neu zu veröffentlichen.

Danzig, den 14. Juni 1929.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahm. Dr. Evert.

V e r o r d n u n g

zur Durchführung des § 7 des Versorgungsgesetzes.

Vom 21. 6. 1929.

Auf Grund des § 114 des Gesetzes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinter-
 liebten bei Dienstbeschädigung vom 12. Mai 1920 (R.V.G.) übernommen durch Danziger Gesetz vom
 6. 1. 1923 (Ges. Bl. S. 185) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. November 1928 (Ges.
 Bl. S. 365) wird zur Durchführung des § 7 dieses Gesetzes folgendes verordnet:

§ 1.

An Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln liefert der Staat:

- a) künstliche Glieder mit Zubehör, insbesondere den dafür bestimmten Bandagen und Arbeitsanfügen,
- b) Gesichtersatzstücke (z. B. künstliche Augen, künstliche Nasen mit und ohne Brille, künstliche Ohrmuscheln und ähnliche Ersatzstücke), künstliche Zähne, Gebisse, Zahnbrücken, Gaumenplatten, Kieferersatzstücke und Kieferschienen,
- c) Perüden,
- d) künstliche Finger,
- e) Stützapparate,
- f) orthopädisches Schuhwerk,
- g) Bruchbänder, Suspensorien, Urinale, Plattfüßeinlagen, Krampfadernbinden, Gummistrümpfe,
- h) Krücken, Krankenstöcke und dazu erforderliche Gummikapseln,
- i) Krankenfahrstühle, Selbstfahrer,
- k) Brillen, Fernrohrbrillen und Lupen,
- l) Hörapparate, Abzeichen für Schwerhörige,
- m) Blindenuhren, Blindenabzeichen,
- n) außergewöhnliche Kleidungsstücke, deren Tragen infolge der Beschädigung notwendig ist, wie Stumpfstrümpfe, Trikot Schlauchbinden, wollene Handschuhe oder gefütterte Lederhandschuhe für verstümmelte oder gelähmte Hände, Arbeitshandschuhe für verstümmelte Hände, Prothesenhandschuhe, Kopfschutzkappen, Narbenschützer.

§ 2.

Ferner werden bei anerkannter Notwendigkeit gewährt:

- a) Winterhandschuhe für Blinde mit Führerhunden, für Träger von zwei Krücken oder zwei Stöcken und für Inhaber von Selbstfahrern,
- b) Regenmäntel für Blinde, für Inhaber von Krankenfahrstühlen und Selbstfahrern und für solche Beschädigte, die wegen der Art und Schwere ihres Leidens nicht nur vorübergehend außerstande sind, einen Regenschirm zu handhaben,
- c) Schlüpfische für Armlose oder diesen hinsichtlich des hilflosen Zustandes gleichzuachtende Personen,
- d) Wasser- und Luftkissen, Polsterkissen für Hüft- und Gesäßverletzte,
- e) Ersatz der Kosten für unwesentliche durch die Beschädigung bedingte Abänderungen von Liegestühlen, Sigmstühlen, Fahrrädern und ähnlichen Gegenständen.

§ 3.

(1) Künstliche Glieder mit doppelter Bandage und dazugehörigen Handschuhen, Stützapparate, künstliche Augen und orthopädische Schuhe werden das erstemal in doppelter, aller anderen Hilfsmittel in der Regel in einfacher Anzahl geliefert. Bei Lieferung in doppelter Anzahl kann das zweite Stück in einfacher Ausstattung gewährt werden. Auf Antrag kann statt eines Kunstbeins ein Stelzbein geliefert werden.

(2) Bei der ersten Ausstattung wird zu jedem Kunstbein ein Paar Schuhe mitgeliefert. Solche Kunstbeinschuhe (Prothesenschuhe) zählen nicht zum orthopädischen Schuhwerk.

(3) Künstliche Finger werden gewährt, wenn hierdurch die Greiffähigkeit der Hand gehoben wird; außerdem aus Schönheitsgründen, wenn mehr als ein Finger fehlt.

(4) Auf Selbstfahrer und Kranenfahrstühle hat der Beschädigte keinen Anspruch, Hilfe von Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln eine seinen Bedürfnissen entsprechende Gehfähigkeit erzielt werden kann. Die Gewährung von Selbstfahrern setzt die Gehfähigkeit mindestens eines Armes voraus.

(5) Den Trägern orthopädischen Schuhwerks können Schuhe für den nichtbeschädigten Handamputierten oder Handverletzten Handschuhe für die nichtbeschädigte Hand gegen einen angemessenen Kostenanteils geliefert werden. Die Höhe des Betrages kann der Senat festsetzen; sie darf im Einzelfalle bei Schuhen ein Drittel, bei Handschuhen die Hälfte des für ein Normalmaßschuhpaar oder für ein Paar Fabrikhandschuhe gleichen Materials nicht steigen. Bedürftigen Beschädigten kann die Bezahlung dieses Betrags teilweise oder ganz werden; Zusatzrentenempfänger gelten stets als bedürftig.

§ 4.

Die Hilfsmittel werden in dauerhafter, den Bedürfnissen des Beschädigten angepasster Art und Ausstattung gewährt.

§ 5.

Die Hilfsmittel werden vom Staat kostenfrei geliefert. Für selbstbeschaffte Hilfsmittel werden Kosten nur in besonderen Fällen und nur bis zur Höhe des Betrags erstattet, der bei einer Beschaffung durch den Staat entstanden wäre.

§ 6.

(1) Die Hilfsmittel werden instandgesetzt oder ersetzt, wenn sie durch natürliche Abnutzung oder unbrauchbar geworden sind.

(2) Der Senat kann für bestimmte Hilfsmittel eine Mindesttragezeit festsetzen.

(3) Hat der Beschädigte durch Mißbrauch, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit die Beschaffenheit oder Unbrauchbarkeit des Hilfsmittels herbeigeführt, so verliert er für die gewöhnliche Gebrauchsdauer den Anspruch auf Instandsetzung oder Ersatz; auch kann der Beschädigte für den verursachten Schaden haftbar gemacht werden.

(4) Im Wiederholungsfalle kann das Hilfsmittel nach Ablauf der gewöhnlichen Gebrauchsdauer in einfacherer Ausführung oder Ausstattung als sonst üblich ersetzt oder die Ersatzleistung auf eine bestimmte Zeit versagt werden.

§ 7.

Für die Instandsetzung und den Ersatz von Hilfsmitteln gelten die gleichen Grundsätze wie bei der Beschaffung. Bei orthopädischem Schuhwerk werden die Kosten der durch die gewöhnliche Gebrauchsdauer verursachten Beschädigung nicht ersetzt.

§ 8.

Hat der Beschädigte bei Verlust oder Unbrauchbarkeit der Hilfsmittel Ersatzansprüche gegen Dritte, so übernimmt der Staat die Kosten für die Instandsetzung oder den Ersatz nur gegen Erfüllung dieser Ansprüche.

§ 9.

(1) Der Senat kann bestimmen, daß statt der Sachlieferung Pauschbeträge zur Anschaffung der Hilfsmittel gezahlt werden, wenn der Beschädigte es beantragt und die Gewähr dafür bietet, die Hilfsmittel sachgemäß beschafft und instand hält.

(2) Der Senat kann weiter zulassen, daß dem Beschädigten ein Betrag zur Verfügung gestellt wird, damit er das Hilfsmittel ohne vorherige Genehmigung selbst instand setzen lassen kann.

§ 10.

Wird ein Hilfsmittel nicht beansprucht oder seine Notwendigkeit nicht anerkannt, so besteht kein Anspruch auf Zahlung einer Abfindung.

(1) Vorstel
on Führerhund

(2) Bei gr
hund entzogen

(3) Die S
erworden sind o
geben.

(4) War d
geschirr den Ang

(5) Versch
erden nicht erst
en in angemess
i führen.

Diese Verord
die Bestimmungen
Juli 1922 (Re

Danzig, den

Erweit

Auf Grund
träge und Abkom

„Die Anwen
britannien und
Stadt Danzig m
is 484) ist in

ichen Borneo

Danzig, den

(1) Vorstehende Bestimmungen gelten auch für die Gewährung, die Beschaffung und den Ersatz von Führerhunden und Hundegeschirr sowie für die Instandsetzung des Hundegeschirrs.

(2) Bei grobem Mißbrauch, grober Vernachlässigung und grober Mißhandlung kann der Führerhund entzogen werden.

(3) Die Hunde sind mit Geschirr zurückzugeben, wenn sie für ihre Zwecke dauernd unbrauchbar geworden sind oder wenn der Beschädigte stirbt. Beim Tode des Hundes ist das Geschirr zurückzugeben.

(4) War der Beschädigte bei seinem Ableben im Besitz eines Hundes, so kann der Hund ohne Geschirr den Angehörigen auf ihren Antrag belassen werden.

(5) Versicherungskosten, Gebühren, Steuern oder sonstige Unkosten für das Halten des Hundes werden nicht erstattet. Kosten für Arznei und Verbandmittel sowie für tierärztliche Behandlung werden in angemessenem Umfang ersetzt. Der Nachweis der entstandenen Kosten ist vom Beschädigten zu führen.

§ 12.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1929 in Kraft. Mit dem gleichen Tage treten die Bestimmungen der Verordnung zur Durchführung des § 7 des Reichsversorgungsgesetzes vom 1. Juli 1922 (Reichsgesetzbl. I S. 574) außer Kraft.

Danzig, den 21. Juni 1929.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahn. Dr. Wiercinski.

Erweiterung des Handelsvertrages Polen/Vereinigte Königreiche von Groß-Britannien und Irland.

Auf Grund des Gesetzes betr. die Ermächtigung des Senats zur Verkündung Internationaler Verträge und Abkommen vom 21. September 1922 (Ges. Bl. S. 444) wird folgendes verkündet:

„Die Anwendbarkeit des zwischen der Republik Polen und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland abgeschlossenen Handelsvertrages vom 26. November 1923, welchem die Freie Stadt Danzig mit Wirkung vom 1. Juli 1924 als Vertragspartei beigetreten ist (Ges. Bl. 1924 S. 469 bis 484) ist in Ausführung des Art. 8 dieses Handelsvertrages auf die Nordkolonie des Britischen Borneo ausgedehnt worden.“

Danzig, den 14. Juni 1929.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahn. Jewelowski.